

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Beitragsschein, Abonnementpreis 0,75 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbände- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Stich-Zentralrat).
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Reaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 1720.

Nr. 14.

Berlin, Sonnabend, 18. Februar 1911.

Dreihundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Arbeitsnachweis und Arbeitslosen-Unterstützung in England. — Wie stehen wir zum Verzehtreit in der Arbeiterversicherung. — Das alte Lied. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Teil. — Verbands-Teil. — Briefkasten. — Anzeigen.

Arbeitsnachweis und Arbeitslosen-Unterstützung in England.

Von unserem Londoner Mitarbeiter.

Die staatlichen Arbeitsnachweise in England sind mit dem 1. Februar 1911 in das zweite Jahr ihrer Wirksamkeit getreten. Ein Jahr vorher wurden 63 Arbeitsnachweisstellen eröffnet; ihre Zahl beträgt heute 160 und wird allmählich wohl 300 erreichen, viel mehr, als man anfangs für nötig gehalten hatte. Diese Tatsache allein spricht für den Erfolg des Ganzen, der zuerst zweifelhaft war, weil hier der erste Versuch vorlag, die Arbeitslosigkeit als ein nationales, nicht nur lokales Uebel zu bekämpfen.

Die Verwaltung des Systems ist bekanntlich streng zentralisiert. Der Umfang der Tätigkeit der Arbeitsnachweise erhebt aus einigen Zahlen. Die Gesamtzahl der Stellenjahren bewegt sich ständig zwischen 70 000 und 100 000, von denen ungefähr drei Viertel erwachsene männliche Arbeiter sind. Während der elf Monate bis zum 31. Dezember 1910 wurden über 450 000 Vakanz gemeldet und ungefähr 370 000 besetzt. Trotz aller pessimistischen Warnungen glauben wir im vorigen Jahre die Gesamtzahl der vermittelten Stellen am Jahresabschluss auf 250 000 bis 300 000 veranschlagen zu können. Diese Ziffer ist nun — wohl infolge der Besserung der Wirtschaftslage — weit überschritten worden. Die Zahl der unbesetzten Stellen wäre noch erheblich geringer, wenn nicht — namentlich unter den Frauen — ein so großer Mangel an wirklich geschulten Arbeitskräften vorhanden wäre.

Auch die Zentralektion der Leitung und die Schaffung eines Clearinghouses (Abrechnungsbüros) in London hat sich bewährt. Es sind durch die Vermittlung der Zentrale monatlich zwischen 2000 und 3000 Stellen besetzt worden. Ohne diese Einrichtung wäre es für die Arbeitgeber schwierig gewesen, geeignete Arbeiter zu erhalten. Eine wesentliche Hilfe für diese Vermittlung von Distrikt zu Distrikt bildet die Bestimmung des Gesetzes, nach der dem Arbeitjuchenden die Fahrkarte zur neuen Arbeitsstelle gekauft werden darf. Der Betrag ist von ihm oder seinem Arbeitgeber zurückzahlen. Dieser Vorbehalt ist in mehreren tausend Fällen in Anspruch genommen worden, und die Rückzahlung ist mit wenigen Ausnahmen bereits erfolgt.

Die Einrichtung von Beiräten, aus Arbeitgebern und Arbeitern bestehend, ist in 8 von den 11 Arbeitsnachweisdistrikten des Landes erfolgt. In einem Distrikt (Yorkshire) bestehen 3, in einem anderen (Lancashire und Cheshire) 2 solcher Beiräte (Committees); die übrigen Distrikte besitzen nur ein einzelnes Committee. Besondere Aufmerksamkeit ist von diesen der Frage der Beschäftigung vonivalenten Klassen Kindern gewidmet, und zwar nicht nur der Vermittlung von Beschäftigung, sondern auch der Materierung bei der Berufswahl. Das Zusammenwirken der Schulbehörden mit den Arbeitsnachweisen, das durch das genannte Gesetz herbeigeführt wurde, soll den Zufluss zu den einzelnen Gewerben und Berufszweigen den Aussichten entsprechend regeln und vor allem das ungesunde Anwachsen der unqualifizierten Arbeiterschichten verhindern, die heute kaum von den Arbeitsnachweisen erfasst werden können, weil die Arbeitgeber nur um gelernte Arbeiter an-

die Arbeitsnachweisstellen sich wenden. Ungelernte bieten sich ihnen von selbst in Massen. Das Problem der Beschäftigung Ungelernter harret noch der Lösung; eine bessere generelle Ausbildung der Jugend und die in Aussicht genommene staatliche innere Kolonisation (Aufforstung, Wege- und Deichbauten usw.) werden jedoch erheblich zu einer Milderung der herrschenden Uebelstände beitragen.

Eine Ergänzung der staatlichen Arbeitsnachweisstätigkeit ist durch die in Aussicht genommene Arbeitslosenversicherung vorgesehen. Noch bis vor kurzem war der Zeitpunkt der Einführung zweifelhaft, zumal die Grundzüge des Krankheits- und Invaliditätsversicherungssystems voll veröffentlicht worden sind. Die Verzögerung der Veröffentlichung des Arbeitslosenversicherungsentwurfs ist jetzt damit erklärt worden, daß die Regierung die beiden Versicherungszweige völlig getrennt halten und besondere Abteilungen für beide im Ministerium einrichten will. Die Vorlage des Entwurfs wird noch in dieser Session erfolgen und das Gesetz wahrscheinlich am 1. Januar 1912 in Kraft treten. — Wenn nicht die konstitutionellen Streitfragen eine übermäßig lange Zeit der Parlamentsberatung für sich beanspruchen.

So viel in diesen Tagen verlautete, erhält die Arbeitslosenversicherung vorläufig nur eine experimentelle Gestaltung. Sie ist aus diesem Grunde auf Berufsgruppen beschränkt, die sich für diesen Zweck besonders eignen, wie das Baugewerbe, Eisenbahn-, Automobil- und Schiffbau, Werkzeugfabrikation, Maschinenbau und alle übrigen Zweige der Metallbearbeitung, Installation usw. Diese Branchen sind gewählt, weil in ihnen Arbeitslosigkeit am häufigsten und am stärksten auftritt. Die Versicherung ist obligatorisch; qualifizierte und ungelernete Arbeiter, Trade Unionisten und Unorganisierte werden einbezogen, kurz alle Personen, die gegen Wochenlohn in den genannten Industrien beschäftigt sind. Es kommen gegen 2½ Millionen Arbeiter in Betracht.

Die finanziellen Einzelheiten des Entwurfs sind noch nicht festgelegt, da noch Beratungen mit den Trade Unions und anderen Körperschaften stattfinden sollen. Ob die Mitglieder dieser Organisationen als vollgültig versichert von der staatlichen Versicherungspflicht zu befreien sind, ist ebenfalls eine noch der Entscheidung harrende Frage. Vorgeschlagen wurde bisher ein Wochenbeitrag von 6 d (50 Pfg.) pro Arbeiter, der zu gleichen Teilen von diesem, dem Arbeitgeber und dem Staate aufgebracht wird. Die Zahlung der ersten beiden erfolgt durch Markenkassen. Die Grundrate der Unterstützung dafür ist auf 10 sh (10 Mark) pro Woche für ein Vierteljahr, von anderer Seite auf 15 sh (15 Mark) für 10 Wochen vorgeschlagen. Es wird jedoch jedenfalls eine Abstufung der Beiträge sowohl wie der Unterhaltungen nach Lohnklassen erfolgen. Für selbstverschuldete Arbeitslosigkeit durch Streik, Aussperrung und freiwilliges Aufgeben der Arbeit wird Unterstützung nicht gezahlt. Hier bleibt den Trade Unions noch ein weiteres Wirkungsfeld. Die erste Unterstützungszahlung findet nach sechsmonatiger Karenzzeit statt, damit die Arbeitslosen möglichst von einer Ausbeutung der Fonds zurückgehalten werden. Aus demselben Grunde soll auch die Unterstützungssumme stets viel niedriger als der Durchschnittslohn der Arbeiter sein.

Die Ausführung der Unterstützungsbestimmungen wird den Arbeitsnachweisen übertragen. Jeder Arbeiter, der arbeitslos wird, hat sich auf der nächstgelegenen Arbeitsnachweisstelle zu melden. Nach Vorlegung seines Bundes und Nachweis der Erfüllung der übrigen vom Gesetz geforderten Voraussetzungen wird ihm eine neue Beschäftigung ver-

mittelt und bis zum Eintritt derselben die ihm zustehende Versicherung gezahlt.

Es läßt sich nicht leugnen, daß dem Entwurf Großzügigkeit innewohnt. Die Frage der Arbeitslosenunterstützung auf nationaler Basis scheint hier grandios gelöst und die Verknüpfung mit den Arbeitsnachweisen scheint einen erheblichen Teil der Schwierigkeiten zu beseitigen, die der Lösung der Frage in Deutschland entgegenstehen. Zweifellos werden sich in der Praxis Uebelstände zeigen. Da aber das ganze System nur ein Versuch sein soll, werden sich bald die notwendigen Abhilfemaßregeln schaffen lassen. Nach der Vervollkommenung werden die übrigen Industrie- und Gewerbebezirke nach und nach in das Gesetz einbezogen werden.

Wie stehen wir zum Verzehtreit in der Arbeiterversicherung?

(Fortsetzung.)

Zu diesen verschiedenen Arten ärztlicher Versorgung ist zunächst zu sagen: Das System der Bezahlung nach Einzelleistung ist unbrauchbar, weil es die Kassen in den Bankrott treibt. Der Arzt verfügt eben durch Verschreiben von Medizin, Bädern, Kräftigungsmitteln usw. über die Gelder der Kasse. Sind seine Beziehungen zur Kasse so locker, wie dieses System es voraussetzt, so verliert die Kasse jegliche Kontrolle. Die Kosten werden unerträglich hoch.

Das System festbesoldeter Kassenärzte ist ein Zwangsapparat für alle Teile mit allen Nachteilen des Zwanges. Diese Nachteile kann man zusammenfassend ausdrücken mit den Worten Rudolf Virchows, als er vor mehr als 60 Jahren für die Reform des Armenarztswesens kämpfte: „Man kann den Armen auf einen bestimmten Schneider, auf einen bestimmten Koch, auf einen bestimmten Baumeister verweisen, aber nicht auf einen bestimmten Arzt. Der Arzt hat eine durchaus exzeptionelle Stellung, weil sie durch die eigentümliche Natur seines Berufes begründet ist. Der Arzt ist wesentlich ein Vertrauensmann. Von dem Augenblick, wo er diesen Charakter verliert, hört seine Bedeutung auf.“ Den Kassenpatienten einfach nach Schema F einen Arzt vorzuschreiben, ist eine Erniedrigung der menschlichen Würde des Kranken. Dieser Zwang verpflichtet viele zur Inanspruchnahme eines Arztes, den sie nicht haben wollen. Und wer die Inkompatibilität (unwägbareren Stimmungen) eines Kranken kennt, begreift leicht, wie wichtig das Vertrauen zum Arzt beim Heilungsprozeß ist, und wie schädlich das Mißtrauen. Aber auch der Arzt selbst gerät in eine empfindliche Abhängigkeit. Auf den Kranken braucht er keine Rücksicht zu nehmen, ihm gegenüber kann er sich was erlauben. Aber wenn diesem Herrn Doktor, wenn er sich mit dem Kassenstande überwirft, vielleicht sogar mit dem Parteigewaltigen! Da heißt es also sich bedenken. Der Vorteil des ganzen Systems besteht darin, daß die Kasse in bezug auf Arzthonorar mit festen Beträgen rechnen kann und auch in der Lage ist zu verhindern, daß der Arzt zu teure Medikamente verschreibt oder den Kranken zu lange als arbeitsunfähig betrachtet.

Von der unbeschränkt freien Arztwahl gilt dasselbe wie von der Bezahlung nach Einzelleistungen. Die Kraft der ärztlichen Organisation wirkt sich deshalb auf die Durchführung der organisierten freien Arztwahl. Der Vorteil dieses Systems für die Ärzte besteht darin, daß jeder Arzt, der dem Vertragsabschluss zwischen Kassen und Arztorganisation zustimmt, die Möglichkeit hat, Kassenpatienten zu behandeln, während z. B. bei dem System besoldeter Kassenärzte die

meisten Ärzte diese Möglichkeit nicht haben. Während diese Begründung vom Arbeiterhandpunkte aus seine wesentliche Rolle spielen kann, ist sie für die Ärzte sehr wichtig; denn ein immer größerer Teil des Volkes ist der Krankenversicherung unterstellt. Die ärztlichen Vereinsorgane geben da folgende Zahlen:*) Nach der Berufszählung 1907 gab es im Reich unter 61,7 Millionen Einwohnern 31,5 Millionen Erwerbstätige einschließlich der Dienenden. Von diesen wären nach Inkrafttreten der Reichsversicherungordnung rund 20 Millionen versichert. Von den restierenden 11 Millionen gingen noch ab eine Million Unterstützungsempfänger, eine Million Invaliden- und Altersrentner, rund 500 000 Militärs, so daß der freien ärztlichen Praxis kaum 8,5 Millionen Erwerbstätige verblieben. Auch von dem nichterwerbstätigen Teile der Bevölkerung würden bereits 7 bis 8 Millionen durch Krankenfällen versorgt. Ohne freie Arztwahl würde also der größere Teil der Ärzte immer mehr proletarisiert, während der kleinere Teil eine Monopolstellung hätte. Gelegentlich haben sogar Ärzte in der Reichsversicherungscommission nachzuweisen versucht, daß bei Ausdehnung der Versicherungspflicht auf Gehälter bis 5000 Mark nur noch etwa 4 Prozent der Erwerbstätigen für die freie ärztliche Praxis übrig blieben. Das ist natürlich viel zu wenig gemalt. Der weitere Vorteil der organisierten freien Arztwahl für die Ärzte ist ein gewisser Organisationszwang auf die bisher nicht organisierten Ärzte und damit verbunden die Möglichkeit der Honorarsteigerung.

Mit einer geradezu unverfälschten Energie wenden sich aber gegen die freie Arztwahl die sozialdemokratischen Ortskrankenkassen im Bunde mit den Betriebskrankenkassen. Man verfolgt den Streit am besten am Hand der von ihnen und drüben geltend gemachten Gründe. Für die organisierte freie Arztwahl werden von den Ärzten geltend gemacht:

1. Sie allein ermöglicht dem Versicherten die Inanspruchnahme eines Arztes, zu dem er Vertrauen hat, während die von den Kassen meist beliebten Systeme ihm einen unsympathischen Arzt auszuwählen.
2. Der Versicherte kann, wenn er von einem Arzt unzulänglich behandelt zu sein glaubt, einen anderen Arzt in Anspruch nehmen.
3. Weil der Arzt nicht von der Klasse unwürdig abhängig ist, braucht er nicht Klassenfalschismus zu treiben und kann z. B. gute Medizin verschreiben oder bessere Heilmittel.
4. Da durch die organisierte freie Arztwahl eine zweckdienliche Behandlung der Patienten garantiert ist, braucht der Kranke sich nicht auf seine Kosten einen Arzt zu beschaffen, was jetzt oft geschieht, weil man in schwerigen Fällen die schematische Behandlung durch den dienstbesichtigten Kassenarzt nicht ertragen will.

Sinzu kämen die schon oben erwähnten Vorteile für die Ärzte. (Fortsetzung folgt.)

Das alte Lied.

Der Vernichtungskampf, den die sozialdemokratischen Gewerkschaften gegen die Deutschen Gewerkschaften seit Jahren führen, wird, da er bisher vergeblich war, immer brutaler. Und trotz der schweren Niederlagen, die sich die Verbände bei jeder Gelegenheit holen, versuchen sie es immer von neuem und auch jedesmal mit einem neuen Lied. Ob sie nun die allgemeine Tarifrfrage wie in Stolp bei den Holzarbeitern in den Vordergrund schieben, ob sie wie in Bremen mit einem Gewerkschaften nicht zusammenarbeiten wollen und deswegen die Arbeit niederlegen, immer dasselbe traurige Bild: Dieselben Leute, die jederzeit die Worte Freiheit und Gleichheit im Munde führen und bei jeder Ungeschicklichkeit eines Polizisten über Vergewaltigung der persönlichen Freiheit schimpfen, dieselben Leute wollen anderen Menschen die persönliche Freiheit rauben und sie in das Sklavengoch der sozialdemokratischen Gewerkschaften einspannen.

Der neueste Vorgang dieser Art spielt sich augenblicklich in Hamburg ab. In der Maschinenfabrik von Heidenreich u. Harbeck haben in der jüngsten Zeit etwa 20 Gewerkschaftskollegen angefangen. Ein einziger Gewerkschaftler ist den Verbändlern nicht gefährlich. Ist er nicht fähig, dann wird ihm das Buch abgenommen und er ist dann „frei“ gewerkschaftlich organisiert. Steht der Kollege aber fest, nun, dann lassen sie ihn, da er nur allein ist, laufen. Aber nun mit einem Male 20 Mann! Eine Domäne der Verbände ist im Gefahr; hier muß die heimliche Sperre ver-

*) Zeitschrift des deutschen Ärztevereinsbundes zur Reichsversicherungsordnung. Seite 11.

hängt werden. An diese heimliche Sperre fehlten sich aber die Verbänder nicht; denn ein Mitglied des Fabrik- und Hilfsarbeiterverbandes hat trotz der Sperre Arbeit genommen, während unsere Kollegen, da sie die wahren Absichten der Verbänder nicht kannten, die Sperre beachteten.

Inzwischen wurden einige Verbänder entlassen. Der eine hat notwendige Ueberstunden verweigert und fehlte fünf Tage ohne Entschuldigung; einem anderen war die Nadelmaschine entzwei gegangen, und er wurde an eine andere gestellt. Da ihm dieses nicht gefiel und er mit fortwährenden Einwendungen zu der Fabrikleitung kam, so erfolgte seine Entlassung.

Jetzt letzte eine Betriebsversammlung ein, in der vom Bevollmächtigten Kirbisch und den anderen Rednern nicht etwa auf eine Wiedereinstellung der Entlassenen oder sonstige Verbesserungen im Betrieb hingearbeitet, sondern auf die Gewerkschaften und deren Führer in geradezu anständiger Weise geschimpft wurde. Man beachte hierbei wohl, daß die beleidigten Führer der Gewerkschaften mit den Führern des Metallarbeiterverbandes noch wenige Wochen vorher in Hamburg gemeinschaftlich für die Werftarbeiter gearbeitet haben.

Zum Schluß wurde von unseren Kollegen verlangt, sie sollten ihre Zustimmung geben, daß die Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes darüber zu entscheiden habe, ob die Arbeiter in den Streik treten sollen oder nicht. Von unseren Vorstehenden, Kollegen Reumann, und dem Vertrauensmann Frostreuter wurde mit Recht darauf hingewiesen, daß zunächst ein Beamter des Gewerkschafts hinzugezogen werden müsse und daß die Entscheidung über den Streik nicht die Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes, sondern die Arbeiter im Betriebe hätten.

Alles Reden half nichts; der ichneidige „neue Herr“ in Hamburg, der anstelle des gemächlichen Franz jetzt die Geldsäcke führt, hat in geheimer Sitzung den Streikbeschluss zur Durchführung gebracht. In der Versammlung am nächsten Tage wurde dies, nachdem die Verbänder schon drängen waren, mitgeteilt und vom ersten Bevollmächtigten hinzugefügt, sie hätten den Streik beschlossen, das sie sich von den „Hirschen“ nicht langsam abschlichten lassen wollen.

Jetzt wurden unsere Kollegen nach allen Regeln der Kunst bearbeitet, sie sollten überreden; denn wenn sie überreden, dann brauchen sie keinen Generalrat zu fragen, wenn sie mal streifen wollen, da in der „freien“ Organisation jede Verwaltung allein das Recht hierzu habe. Unsere Kollegen haben aber dieses ganze Spiel schließlich durchschaut, und wenn der eine oder andere den Knalleffekt der Verbänder nicht gleich erfaßt hatte, so geschah dies durch die Neuerung des verbänderlichen Vertrauensmannes Wunderlich zu einem unserer Kollegen. Derselbe hatte keine Ahnung, daß der junge Kollege bei uns organisiert war und sagte daher zu demselben: „Wir wollen ja nicht in eure Leute hinein haben, sondern die Hirsche herausholen.“

Diese Neuerung wirkte wie ein Blitzlicht. Unsere Kollegen sagten sich, daß auch sie ein Recht zum Leben haben und keine Verurteilung, dem Verbände zuliebe einen Betrieb zu verlassen, den die Verbänder bisher als alleinige Domäne betrachtet haben.

Was schrieb der „Vorwärts“, das Reichsorgan der Sozialdemokratie, am 6. November 1910 in seiner Nr. 261 gelegentlich eines Konfliktes mit dem Wiesenthalischen Mohrleger-Verband?

„Ein Kampf um Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen hätte der Metallarbeiterverband natürlich respektieren müssen, nicht aber eine Sperre, die dazu bestimmt ist, die Mohrleger vom deutschen Metallarbeiterverband brotlos zu machen.“

Sehr richtig! Auch wir hätten den Kampf bei Heidenreich u. Harbeck respektiert, wenn es sich um Lohn- und Arbeitsverhältnisse gehandelt hätte. Wir können dies aber nicht, wo unsere Kollegen auf die Strafe gesetzt werden sollen, um den Verbändlern Platz zu machen.

Unsere wackeren Freunde in Hamburg, die so nützlich für die Koalitionsfreiheit der deutschen Arbeiter kämpfen und die Selbständigkeit unserer Organisation hochhalten, werden diesen Kampf trotz der Niedertracht der „Genossen“ siegreich bestehen. Das Verhalten der Verbänder aber wird in den Augen aller selbständig und anständig denkenden Arbeiter und Bürger nur Abscheu hervorrufen.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 17. Februar 1911.

Die Frauen-Vergräbnisliste des Verbandes der Deutschen Gewerkschaften hält am Sonntag, den 19. Februar, vormittags 9 1/2 Uhr, ihre Generalversammlung im Verbandsbau, Kreiswaldstr. 221-23, ab.

Kant § 23, Absatz 2, werden die weiblichen Mitglieder durch ihre Ehemänner, Väter und Brüder oder von einem anderen Gewerkschaftsmitglied vertreten, und werden letztere hierdurch, da eine reichhaltige und wichtige Tagesordnung zu erledigen ist, dringend zu der Versammlung eingeladen.

Ein Ausbau des Fortbildungsschulwesens war bereits in der Thronrede angekündigt, mit welcher der preussische Landtag im Januar eröffnet wurde. Das damalige Veripreden soll jetzt eingelöst werden und der Entwurf eines Fortbildungsschulgesetzes dem Landtage in aller nächster Zeit zugehen. Nach dieser Vorlage sollen alle Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern verpflichtet sein, Fortbildungsschulen zu errichten für alle männlichen Arbeiter unter 18 Jahren, die in gewerblichen und kaufmännischen Betrieben beschäftigt sind. Der Besuch der Fortbildungsschule soll drei Jahre währen. Kleinere Gemeinden, die weniger als 10 000 Einwohner haben, sollen das Recht erhalten, gemeinliche Fortbildungsschulen zu schaffen. Eine Befreiung von dem Besuche der Fortbildungsschule soll nur für solche Arbeiter zulässig sein, welche die Stenografie bereits besitzen, die der Besuch einer Fortbildungsschule verdrängen soll. Abend- und Sonntagsunterricht soll im allgemeinen nicht stattfinden. Die Erhebung eines Schulgebühres soll zulässig sein, jedoch nicht mehr als 30 Mark pro Jahr für den Schüler betragen dürfen. Den Arbeitgebern wird die Verpflichtung auferlegt, ihren Arbeitern die zum Schulbesuche erforderliche Zeit zu gewähren.

Für die Nichtbefolgung der Vorschriften sind Geldstrafen vorgehrieben. Fortbildungsschüler, die sich dauernd dem Schulbesuche entziehen, sollen mit Arrest bis zu 6 Stunden bestraft werden können. Schließlich wird in dem Gesetz auch noch eine Bestimmung vorhanden sein, daß, wenn die Verhältnisse es gestatten und die Gemeinde genügend Lehrkräfte besitzt, sie das Recht haben soll, den Schulzwang auch auf weibliche Arbeiter unter 18 Jahren auszudehnen.

Der Reichsanwalt und die Fleischnot. Berlin steht jetzt im Zeichen der landwirtschaftlichen Wode. Da wird beraten über das Wohl der Landwirtschaft, aber man vergißt dabei auch nicht, sich über die Sorgen des Alltagslebens durch einen guten Schoppen und einen noch besseren Trunk hinwegzuhelfen. Auf dem Festmahl des Deutschen Landwirtschaftsvereins ist auch der Reichsanwalt erschienen, um in einer Rede seinem Wohlwollen für die Landwirtschaft Ausdruck zu verleihen. Dabei machte er auch bezüglich der Fleischsteuerung folgende beachtenswerte Neuerungen:

„Ich bin dem Herrn Grafen v. Schwerin ganz besonders dankbar für das unumwundene Anerkenntnis, daß die Preise einzelner Fleischsorten im vorigen Jahre eine ungeheure Höhe erreicht hatten, die weite Schichten des Volkes in beklagenswerter Weise belästete. Mit den üblichen Schlagworten von der agrarischen Profitgier oder dem Fleischnotrummel wird die Sache nicht abgetan. Im letzten Ende sieht sie sich in der Frage zusammen, ob die deutsche Landwirtschaft ihre Viehhaltung vergrößern, verbessern und konstanter gestalten kann. Ich werde in Ihrem Kreise Ihre amtlichen Verhandlungen machen das sicher keinem Widerspruch begegnen, wenn ich diese Frage unbedingt bejahe und wenn ich es zugleich als eine wirtschaftlich und politisch überaus ernste Pflicht unserer Landwirtschaft bezeichne, diese Aufgabe mit allen ihr zugänglichen Mitteln zu lösen. Sie kann es nur, wenn sie einen fröhlichen und nachhaltigen Seidenschuß genießt. Der soll ihr werden. Aber sie muß es auch. Unsere Wirtschaftspolitik hat nicht nur den Schutz der nationalen Arbeit im Auge. Sie basiert zugleich auf dem Willen und der Fähigkeit der deutschen Landwirtschaft, die Ernährung des Volkes vom Auslande immer unabhängiger zu gestalten. Dieser Wille muß zur Tat werden; die Landwirtschaft muß sich den Schutz, den sie genießt, täglich von neuem verdienen. Sonst wird das Fundament unterwühlt, auf dem das Gebäude steht.“

Diese Ausführungen wurden von den Festteilnehmern wiederholt von Zustimmungsfundgebungen unterbrochen. Wesentlich Neues hat Herr v. Bethmann Hollweg damit nicht gesagt. Interessant ist das Eingeständnis, daß eine Fleischsteuerung bestanden hat, und die Behauptung, daß bei gutem Willen die deutsche Landwirtschaft

fähig sei, die Ernährung des Volkes vom Auslande immer unabhängiger zu gestalten. Mit dem „guten Willen“ aber hapert es ja gerade. Unsere Agrarier sorgen vielmehr dafür, daß nicht allzu viel Vieh auf den Markt kommt. Damit sie möglichst hohe Preise verlangen und Profite für sich heraus schlagen können. Die Regierung aber unterstützt durch ihre Wirtschaftspolitik dieses gemeingefährliche Treiben und macht sich dadurch zum Mitschuldigen an der Not des Volkes. Man kann sich deshalb auch des Eindrucks nicht erwehren, daß die Maßnahmen des Reichskanzlers gar nicht aufrichtig gemeint sind. Das eine aber ist bombastischer: die Herren Agrarier werden sie nur so weit befolgen, wie es im Interesse ihres Geldbottels liegt.

Eine Handwerkerkonferenz sollte, wie auch wir bereits mitgeteilt haben, in den ersten Tagen des März in Berlin stattfinden. Inzwischen haben es aber die Dispositionen des Reichstages unmöglich gemacht, daß die Besprechung an dem festgesetzten Termin stattfinden kann. Der Staatssekretär des Reichsanwesens des Innern Dr. Delbrück wünscht an den Verhandlungen der Konferenz teilzunehmen. Da aber gerade Anfang März sein Etat im Reichstage zur Verhandlung steht, ist mit Rücksicht darauf die Konferenz auf den 7. April verschoben worden.

Arbeiterbewegung. Die Bewegung in der Weichenfelder Schaubauindustrie ist in ein neues Stadium eingetreten. Die Unternehmerorganisation hatte ursprünglich die von den Arbeitern aufgestellten Forderungen rundweg abgelehnt. Die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit wurde als völlig unmöglich bezeichnet und nur in Aussicht gestellt, daß man versuchen werde, durch straffere Organisation der Unternehmer für die Zukunft den Forderungen der Arbeiter gerecht zu werden. Mit einer solchen Antwort konnten sich die Arbeiter natürlich nicht zufrieden geben. In einer am letzten Freitag von unserem Gewerbeverein der Schuhmacher und Lederarbeiter einberufenen Versammlung wurde dem auch dem Unwillen über die Antwort der Unternehmer in scharfer Form Ausdruck verliehen und beschloffen, zum 18. Februar zu kündigen. Inzwischen aber scheinen sich die Fabrikanten doch noch eines Besseren besonnen zu haben; denn in einer von ihnen einberufenen Sitzung haben sie den Beschluß gefaßt, doch noch einmal mit den Vertretern der Organisationen zu verhandeln. Damit ist wenigstens nicht alle Aussicht auf eine Verständigung geschwunden. Mannt es zum Stumpfe, dann werden die Unternehmer jedenfalls die Arbeiter wohlgerüstet auf dem Posten finden. — Der Streik der Bergleute auf den Wegener Gruben im Sauerlande dauert an. Die Verwaltungen machen die verzweifeltsten Anstrengungen, um Arbeitswillige zu bekommen, jedoch ohne nennenswerten Erfolg. Die unverfügbaren Mittel werden dabei angewandt. Den Arbeitern werden Löhne versprochen, die man nicht zahlen will; außerdem verbeulicht man ihnen, daß sie Streikbrecher werden sollen. Es muß Aufgabe aller Arbeiter sein, dafür zu sorgen, daß in den Bergbauereien und überall dort, wo Währungsleute usw. ausgeführt werden und sich Agenten zeigen, die Arbeiter darüber aufgeklärt werden, daß in Wegener gestreift wird. Namentlich im Siegerlande bedarf es dieser Aufklärung ganz besonders. Hoffentlich fallen diese Maßnahmen auf fruchtbaren Boden! — In Berlin sind die Militärjuzassener in eine Tarifbewegung eingetreten, um eine Erhöhung der Löhne herbeizuführen. In einer großen Versammlung wurde ein 750 Positionen enthaltender Tarif beraten und angenommen, der nun nach nochmaliger Durchsicht den Arbeitgebern unterbreitet werden soll. — Nachdem die Kündigungsfrist der in den Kinderwagenfabriken zu Zeiß beschäftigten Arbeiter abgelaufen ist, ist in allen denseligen Werksbetrieben, wo die Forderungen nicht bewilligt worden sind, die Arbeit eingestellt worden.

Nicht sehr wählertisch in seinen Agitationsmitteln scheint Herr Vallentin, Beamter des Verbandes der Telegraphenarbeiter, zu sein. Derselbe hat kürzlich in einer Versammlung in Stolp i. Pom. einen Vortrag gehalten. Was er da im allgemeinen geäußert hat, geht uns weiter nichts an, wohl aber was er über die Deutschen Gewerbevereine Unwahres erzählt. Er meinte nämlich ganz allgemein, daß die Deutschen Gewerbevereine das Streikrecht für sich in Anspruch nehmen. Nun ist Herr Vallentin zweifellos bekannt, daß diese Behauptung auf unseren Gewerbeverein der Eisenbahner nicht zutrifft. Er hat also offenbar wider besseres Wissen seine Ausführungen gemacht in der Absicht, diesen unseren Verbandverein bei der Behörde anzuklärigen. Als Herr Vallentin nach der Versammlung von einem unserer Mit-

tegen vom Gewerbeverein der Maschinenbauer auf seinen „Zerfall“ aufmerksam gemacht wurde, erklärte er, „er habe „er dies auch nicht gemeint“. Wir sind der Meinung, daß ein Organisationsbeamter mit derartigen Wägen nicht kommen darf. Wer so handelt wie Herr Vallentin, der muß sich den Vorwurf gefallen lassen, daß er entweder nicht weiß, was er redet, oder aber Stokfustion vorzieht, um so die andere Organisation ein klein wenig zu demunzieren.

Stechfragenproletariat hat man mehrfach die technischen Privatangestellten genannt, um damit anzudeuten, daß diese Kategorie sich höchstens äußerlich von dem Arbeiterproletariat unterscheidet. Dafür spricht auch eine Erhebung, welche kürzlich der Bund der technisch-industriellen Beamten über die Gehaltsverhältnisse der in der Eisenkonstruktionsbranche beschäftigten Privatangestellten veranstaltet hat und deren Ergebnis in dem Organ genannter Organisation veröffentlicht wird. Diese Statistik bezieht sich nur auf Berlin und Umgebung und umfaßt 83 Prozent aller beteiligten Angestellten. Was die Monatsgehälter anbetrifft, so beziehen bis zu 150 Mark Gehalt 78 Angestellte oder 26,6 Prozent, bis zu 180 Mark Gehalt 134 Angestellte oder 46,8 Prozent, bis zu 200 Mark Gehalt 184 Angestellte oder 64,3 Prozent, bis zu 250 Mark Gehalt 250 Angestellte oder 87,4 Prozent. Nur 36 Angestellte oder 12,6 Prozent hatten ein Jahreseinkommen von mehr als 3000 Mark. Als Durchschnittsgehalt aller Angestellten wurde der Betrag von 196 Mark monatlich ermittelt. Bezeichnend ist, daß die Durchschnittsgehälter derjenigen Angestellten, die eine Hochschulbildung erworben haben, nur ganz unwesentlich die ihrer anderen Kollegen überragen. Wenn man bedenkt, daß diese Beamtenkategorie oft ein mehrere Jahre langes Studium durchmachen muß, so wird man die genannten Gehaltsätze als überaus niedrig bezeichnen müssen. Lediglich ist auch das Ergebnis der Statistik interessant, daß das Gehalt der technischen Angestellten in der Eisenkonstruktionsbranche im Durchschnitt nur bis zum 35. Lebensjahre, das heißt etwa dem 12. Jahre der Berufstätigkeit im Wachstum begriffen ist, während von da ab ein langsamer, aber stetiger Aufstieg auf niedrigere Gehaltsstufen eintritt.

Auch hier gibt es nur einen Weg der Abhilfe, das ist die Organisation. Wägen die Zahlen der Statistik den Privatangestellten die Augen öffnen und sie in die Organisation hineintreiben, die allein in der Lage ist, bessere Verhältnisse zu schaffen.

Einem unerwarteten Ausgang nahm eine Verhandlung, die sich nach der „Möln. Volksztg.“ kürzlich vor dem Gewerbegericht in Möln abspielte. Ein Werkmeister, der in einer Schreinerei tätig war, klagte gegen die Firma aus Zahlung einer Gratifikation von 100 Mark. Nach seinem Verträge war dem Kläger eine Gratifikation zugesichert, deren Höhe sich nach der Geschäftslage richten sollte. Im Laufe der Verhandlung machte nun der Werkmeister die Bemerkung: „Ich möchte um Bewilligung des Verfahrens bitten, denn ich habe gehört, daß sich die beklagte Firma nicht gut steht.“ Der Beklagte war über diese Äußerung sehr erobst und beantragte die Protokollierung, da er den Kläger dafür belangen wollte. Diesen Antrag lehnte das Gericht zwar ab; es trat aber folgende Entscheidung: Nach dem Verträge soll die Gratifikation bemessen werden nach der Lage des Geschäftes. Da der Kläger aber selbst erklärt hat, daß die Geschäftslage des Beklagten nicht gut sei, so ist die Klage kostenfällig abzuweisen.

Die Erfolge der Fürsorgeziehung werden zusammengefaßt in einer überaus interessanten und wertvollen Statistik, die das preussische Ministerium des Innern kürzlich veröffentlicht hat. Diese Veröffentlichung erfolgt zum ersten Male seit dem Inkrafttreten des Fürsorgeziehungsgesetzes und wird zweifellos dazu beitragen, das noch weit verbreitete Mißtrauen gegen die Fürsorgeziehung zu zerstreuen und die Vorwürfe zu entkräften, daß durch diese Art der Erziehung kein Erfolg erzielt werden könnte. Die „Vib. Storr.“ faßt aus der genannten Statistik die bemerkenswertesten Daten zusammen, die sich auf sämtliche vom 1. April 1904 bis zum 31. März 1909 zur Entlassung gekommenen Jüglinge beziehen. Deren Zahl beträgt 9931, und zwar 5782 männliche und 4149 weibliche Personen. Von diesen sind ermittelt worden 4538 männliche oder 78,5 Prozent und 3617 weibliche oder 87,2 Prozent, im ganzen 8155 oder 82,1 Prozent. Von diesen Jüglingen führten sich in der genannten Zeit „genügend bis gut!“ 5661 = 69,4 Prozent, „zweifelhaft“ 922 = 11,3 Prozent und „ungenügend bis schlecht!“ 1572 = 19,3 Prozent.

Diese Durchschnittsziffern werden noch übertraffen bei den im Alter bis zu 14 Jahren in Fürsorgeziehung überwiegenen. Von ihnen haben über 75 Prozent sowohl der männlichen als der weiblichen Personen eine genügende bis gute Führung aufzuweisen. Selbst bei den erst im Alter von 14 bis 18 Jahren überwiegenen Jüglingen sinkt die Ziffer der mit befriedigender Führung aufgeführten nur wenig unter den Durchschnitt, nämlich auf 64 Prozent bei den männlichen und auf 68 Prozent bei den weiblichen.

Diese Ergebnisse sind durchaus befriedigend. Sie lassen aber auch erkennen, daß der Erfolg der Fürsorgeziehung um so günstiger ist, je früher die Jüglinge in die Fürsorgeziehung überwiesen werden. Die Behörden müssen daraus die Lehre ziehen, daß sie den Anträgen auf Überweisung in Fürsorgeziehung möglichst schnell Folge geben. Nur dann wird es möglich sein, die sogenannte gefährdete Jugend aus ihrer Umgebung herauszunehmen und zu brauchbaren Gliedern der menschlichen Gesellschaft zu erziehen. Weiter aber ergibt sich aus den angeführten Zahlen die bemerkenswerte Tatsache, daß die Annahme, die Fürsorgeziehung sei außerstande, aus den älteren Elementen noch brauchbare Menschen zu machen, falsch ist. Es ist sehr erfreulich, daß unter den im Alter von 16 bis 18 Jahren überwiegenen, vor der Überweisung in Fürsorgeziehung der Unzucht verfallenen Mädchen nicht weniger als 62,9 Prozent eine genügende bis gute Führung aufzuweisen haben und zum größten Teil jezt als Ehefrauen in geordneten Verhältnissen leben.

Eine lebhaftige Förderung der gelben Gewerkschaften kann man zurzeit im Ruhrrevier beobachten. Gerade in den letzten Wochen sind mehrfach Notizen in der Presse erschienen, wonach bald hier, bald dort ein „nationaler Arbeiterverein“ oder Werkverein begründet worden ist. Man sieht daraus, daß die Unternehmer sich große Mühe geben, solche gelben Vereine zu gründen. Leider gibt es ja auch überall noch so kurzfristige Elemente unter den Arbeitern, daß sie nicht erkennen, wie sehr sie sich und ihre Familie durch den Anschluß an die Gelben schädigen. Es muß deshalb Aufgabe des denkenden Teiles der Arbeiterkraft sein, gleichviel welcher Organisationsrichtung, vor allen Dingen die Aufklärungsarbeit über das wahre Wesen der Gelben unermüdet fortzusetzen. Es kann nicht schwer fallen, auch dem Wildesten zu beweisen, daß die gelben Organisationen nicht zum Schutze der Arbeiter, sondern einzugig und allein im Interesse der Unternehmer gegründet werden. Sonst würde man sich ja diese Gründungen auch nicht ein so schönes Stück Geld kosten lassen.

Als 432. Veranstaltung des Vereins für Volkserhaltung findet am Sonntag, den 19. Febr., nachmittags 5 Uhr, in der Urania, Taubenstraße, ein Projektionsvortrag mit dem Thema: „Von San Remo nach Florenz“ statt.

Ferner wird an dem gleichen Sonntag, abends 7 Uhr, der 433. Volkserhaltungsaabend in den Ausstellungshallen am Zoologischen Garten veranstaltet, wobei mitwirken werden: der Berliner Lehrer-Gesangverein unter Leitung von Herrn Professor Felix Schmidt und die Kapelle des 4. Garde-Regiments 3. R. unter Leitung des Kapellmeisters Herrn Feinr. Schrauder. Unter anderem wird: „An der schönen blauen Donau“, Walzer von Johann Strauß für Männerchor und Orchester, zu Gehör kommen.

Gewerbevereins-Zeit.

8 Deuben. Am Sonntag, den 12. Februar, fand hier selbst eine Bezirkskonferenz des Gewerbevereins der Deutschen Fabrik- und Handarbeiter für das Weichenfelder Braunkohlenrevier statt, welche von 76 Vertretern besucht war. Der Hauptvortrag war vertreten durch die Kollegen Bettin und Graf. Die beiden letzteren berichteten über die Antworten der Berufstätigen auf unsere am 23. Dezember 1910 eingereichten Lohnforderungen und beurteilten ganz entschieden den von den Unternehmern eingenommenen Standpunkt, nicht mit der Organisationsleitung verhandeln zu können. Jetzt entsteht die Frage: Was nun? In der sehr anregenden Diskussion kam der Umstoß der Aufmerksamkeit über den „Der im Hause“-Standpunkt, den die Unternehmer unseren Forderungen gegenüber einnahmen, zum Ausdruck. Die Löhne seien herab zu senken, daß die Bewegung nun auch bis zur letzten Konsequenz durchgeführt werden müsse, wenn die Unternehmer nicht noch vorher ihre ablenkende Haltung aufgeben würden. Die Diskussion endigte mit der einstimmigen Annahme folgender Resolution: „Die heute in Deuben stattfindende Konferenz der Fabrik- und Handarbeiter für das Braunkohlenrevier in Weichenfeld-Zeich kommt nach sehr eingehender Aussprache zu der Erkenntnis, daß die Löhne im hiesigen Revier sehr viel zu wünschen übrig lassen und nicht mehr

in Einklang zu bringen sind mit der allgemeinen Feuerung der Lebensmittel und aller Bedarfsartikel. Die Anwesenden sprechen ihr tiefstes Bedauern darüber aus, daß die Werksbeleger unsere Forderungen abgelehnt haben. Um in Zukunft nachhaltiger für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse einzutreten zu können, verpflichten sich die Anwesenden, energisch in die Agitation einzutreten und nicht eher zu ruhen, bis sich auch der letzte Arbeiter dem Gewerbeverein angeschlossen hat. Die Anwesenden erachten es als ihre Pflicht, unablässig dahin zu wirken, daß die Mitglieder den 20 Pfg.-Beitrag zahlen, damit sie im Falle eines Kampfes gesichert sind.

Des weiteren wurde beschlossen, am 26. Februar im hiesigen Bezirk fünf öffentliche Versammlungen abzuhalten, die sich mit der Lohnbewegung beschäftigen sollen. Nachdem der Vorsitzende die Anwesenden noch einmal zur kräftigen Agitation aufgefordert hatte, schloß er die in voller Einmütigkeit verlaufene Sitzung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Gewerbeverein der Deutschen Fabrik- und Handarbeiter. G.

8 Hannover i. Schl. Am Sonnabend, den 11. d. Mts., fand im kleinen Saale des „Schützenhauses“ zum Zwecke der Gründung eines Ortsvereins der Eisenbahner eine Versammlung statt, die von 22 Eisenbahnern und anderen Gewerbevereinskollegen besucht war. Der Vorsitzende des Regnierer Ortsvereins der Eisenbahner, Kollege Fische, hielt einen Vortrag über die Zwecke und Ziele des Gewerbevereins der Eisenbahner (S. D.), in dem er zum Schluß die Kollegen aufforderte, dieser Organisation beizutreten. Sämtliche anwesenden Eisenbahner erklärten sich zum Beitritt bereit, so daß alsbald die Gründung des Ortsvereins erfolgen konnte. Zu den Vorständen wurde als 1. Vorsitzender Forver, als Schriftführer Stein, als Kassierer Scholz, als Revisor Hentschel und als Revisor der Bahnmeister- scheinwerfer Zwilling gewählt. Mit einem Hoch auf den neugegründeten Verein schloß der Vorsitzende gegen 11 Uhr die Versammlung. D. Fignert, Ortsverbandschriftführer.

8 Stuttgart-Gannstatt. Unser Ortsverband hielt am 5. Februar in Berg seine Generalversammlung ab, in welcher ein Freund aus den evangelischen Arbeitervereinen, Herr Kahn, einen Vortrag hielt über den „Idealismus des deutschen Arbeiters“. Der Redner entwickelte in seinen Ausführungen scharf gehaltene Gedanken und führte unter anderem aus, daß gerade der deutsche Arbeiter es nötig habe, sich gegen Idealismus zu bewahren. Staat, Gemeinde und Familie, Industrie, Handel und Gewerbe profitieren nur dabei, wenn es ihm nicht gleichgültig ist, ob der Arbeiter selbst denkt und sein eigenes Können in seine Arbeit hineinsteckt, oder ob er nur eine Maschine ist, die ihr gewisses Vermögen erleiht, ob der Arbeiter nur Stimmvieh bei den Wahlen, mühsamer Steuerzahler oder gleichgültiger Familienvater ist, oder ob er sich auf den sittlichen Wert der Familie und die gemeinsame Arbeit als Staatsbürger bezieht.

Es herrscht erfreulicherweise noch Idealismus in der deutschen Arbeiterklasse, und Redner kann deshalb auch nicht verhehlen, wie die Regierung beim Arbeitsamtergesetz der Wählbarkeit der Arbeitersekretäre dieses Jahre Unannehmbar! entgegenstellt, und bedauert, daß an diesem Punkte sowie der Einbeziehung der staatlichen Arbeiter unter das Gesetz das selbe scheitern soll. Lebhafter Beifall lohnte den Redner, und nach einer eingehenden Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen, die allen freibeitlich gesinnten Arbeitern nach vor der 3. Lesung des Arbeitsamtergesetzes zugeandt werden soll: Der Ortsverband der Gewerbevereine nimmt hiermit wiederholt Stellung zu dem dem Reichstag noch in 3. Lesung vorliegenden Arbeitsamtergesetz. Er bedauert vor allem das bisherige scharfe Unannehmbar der Regierung bei den beiden Punkten des Entwurfs betr. die Zulassung von Arbeitersekretären und die Einbeziehung aller staatlichen Arbeiter unter das Gesetz, und betont, daß nur bei Annahme dieser beiden Punkte das selbe eine erprießliche Wirkung ausüben kann. Die Versammlung erteilt mit Bestimmtheit von allen fortschrittlich gesinnten Arbeitern, daß sie bei der 3. Lesung des Gesetzes demselben in seiner jetzigen Fassung ihre Zustimmung geben und bei der Endabstimmung nicht durch Abwesenheit glänzen.

Der in der Versammlung ebenfalls erstattete Tätigkeitsbericht für das Jahr 1910 wurde mit allgemeiner Zustimmung und Befriedigung aufgenommen. G. Kappeler, Ortsverbandschriftführer.

Verbands-Zeit.

Versammlungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerbevereine (S. D.). Mittwoch, den 22. Februar, abends 8 1/2 Uhr. Die Sitzung findet ausnahmsweise nicht im Verbandshaus, sondern bei Bonard, Blücherstr. 61 statt. Vortrag von Fraulein Berliner über: „Robert Owen, Lebensgeschichte eines englischen Arbeiterfreundes“. Gewerbevereins-Vierertafel (S. D.). Jeden Donnerstag abends 9-11 Uhr, Leubuschstr. 1. Verbandshaus, der Deutschen Gewerbevereine (Brüder Saal). Gäste willk. - Mittwoch, 22. Februar. Frauen und Mädchen I. Abds. 8 1/2 Uhr, in Bonard's Besäße, Blücherstr. 61. Vortrag von Fraulein Berliner über: „Robert Owen, Lebensgeschichte eines englischen Arbeiterfreundes“. Gäste sind herzlich willkommen.

Orts- und Regionalverbände.

Regional-Verband Berlin u. Vororte. Am 19. Febr. 1911, vorm. 9 1/2 Uhr, Greifswalderstr. 222 Gener.-Versammlung. Tages-Ordnung: Kasien- und Revisionenbericht, Geschäftliches, Wahl des Vorstandes und der Revisoren, Befestigung der Entschädigungen (§ 24). - Cottbus (Distriktsklub). Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Hanstein, Sandowstr. 42.

Duisburg (Distriktsklub). Jeden 1. und 3. Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, im Saal des Herrn Hasenkaup, Friedrich Wilhelmstr. 29, Distriktsklub. - Düsseldorf (Volkswirtschaftsschule). Jeden Montag, abds. von 9-11 Uhr i. Verbandshaus, Rurfaßstr. 29, Sitzung. - Elberfeld-Barmen (Ortsverband). Jeden 1. Donnerstag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Vertreterversammlung bei Roggenkämpfer, Elberfeld, Eulenstein- und Erlangenstr.-Ecke. - Gelsenkirchen (Ortsverband). Jeden ersten Sonntag im Monat Ortsverbands-Vertreterversammlung, vormittags 10 Uhr, im Verkehrslokal G. Simon, Alter Markt. - Haaren b. Wachen. Jeden 3. Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Distriktsabend bei Lubewig. - Halle a. S. (Ortsv.). Der Distriktsklub findet jed. 1. Sonntag im Monat i. Passage-Str., Gr. Braubausstr., statt. - Hamburg (Ortsverb.). Jeden Mittwoch, abds. 8 1/2 Uhr präz., in Güttners Hotel, Roonstr., Distriktsabende. - Herbolzheim (Distriktsklub). Jeden Mittwoch 8 1/2 Uhr bei Jander, Döhrstr. - Hannover - Katen und Umgegend (Ortsverband). Sonntag, den 19. Februar, nachm. 3 1/2 Uhr, außerordentliche Ortsverbandsversammlung mit Damen in der „Königs-wörth“, Bismarckstr. 12. E.-D. Vortrag über: „Zucker-fabrik“, Referent: Herr Regionalrat Dr. Dreyer. - Krefeld (Ortsverband). Sonntag, 19. Februar, nachm. 4 Uhr, Vertreterversammlung bei Köhler, Beckwall 100. - Köln (Distriktsklub). Sitzung jeden Mittwoch, abends 9 Uhr, im Restaurant „Peter Rolping“, Eifelgasse. - Leipzig (Gewerbevereins-Vierertafel). Die Übungsstunden finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstr. 25, statt. Gäste und kinnbegabte Mitglieder sind herzgl. willkommen. - Ralswiek-Rauß (Ortsverband). Jeden zweiten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr, Vertreterversammlung beim Hirt Joh. Müller, Sandstraße 38. - Stettin (Sängerchor der Gewerbevereine). Die Übungsstunden finden jed. Dienstag abds. 8 1/2 Uhr im Saal Rebel, Poststr. 5, statt. Stimmbegabte Kollegen sind herzgl. willk. - Stettin (Ortsverband). Sonntag, 26. Februar, nachm. 3 Uhr, Verbands-Versammlung im Kongressaal von Kaminke in Jüllow. Vortrag des Kollegen Großke über „Die Entstehung der Volkswirtschaft“. Nach der Versammlung: Sitzung der Musikvereinskapellen - Mitglieder. - Tegel (Distriktsklub für Tegel, Borsigwalde und Reinickendorf). Sitzung jeden Dienstag abends von 8 bis 10 Uhr bei Redner, Berlinerstr. 38. Gäste willkommen. - Weichenfeld a. S. (Gesangsabteilung der Gewerbevereine). Übungsstunden jeden Dienstag, abends 8 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schäfersstraße. Gesangslebende Gewerbevereinskollegen sind willkommen. - Weichenfeld (Distriktsklub der Gewerbevereine). Jeden Mittwoch 9-11 Uhr Sitzung im Rest. „Schweizerhaus“.

Briefkasten.

A. S. in Blankensee. Der Abrud des eingeladenen Textes im „Gewerbeverein“ ist unmöglich. Wobin sollte es führen, wenn alle Tarifverträge, die irgendwo abgeschlossen werden, im Verbandsorgan veröffentlicht werden sollten? Die Bekanntgabe solcher Vereinbarungen muß Aufgabe der betreffenden Fachorgane bleiben.

Anzeigen-Zeit.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung angenommen.

Soziale Kommission der Deutschen Gewerbevereine Groß-Berlins.

Dienstag, den 7. März 1911, abends 8 Uhr im großen Saale des Verbandshauses, Greifswalderstr. 221/22.

Großer Lichtbilder-Vortrag.

„Wohnungsnot und Generalbebauungsplan in Groß-Berlin.“

Vortragender: Herr Doktor a. D. S. Köhler.

Eintritt frei! Garderobe 10 Pfg.

Berlin hat nach Paris die dichteste Bebauung der ganzen Welt. Die Zubehörfolge, diese furchbare Volksseele, erfordert in Berlin doppelt soviel Opfer, wie in dem viel größeren London. Trotzdem ist die Terrainspekulation eifrig am Werke, die Wohnungsverhältnisse noch weiter zu verteuern und damit zu verschlechtern. Der Vortrag wird zeigen, wie es möglich ist, auch in Berlin bessere Wohnverhältnisse zu schaffen.

Darum, Gewerbevereiner, erscheint in Massen

mit Euren Frauen!

Die Soziale Kommission der Gewerbevereine Groß-Berlins.

S. A.: Paul Krüger.

Advertisement for a textile shop. Text: „Wenn wir Sie sprechen könnten“ (If we could speak to you). The shop offers various fabrics like Anzugstoffen, Paletstoffen, Hosengstoffen, Westonsstoffen, and Damenuchen. It emphasizes quality and low prices. Contact: Lehmann & Assmy, Spremberg 16. Address: Größte u. Beste Tuchfabrik Deutschlands etc.

Advertisement for a watch and jewelry store. Text: „Hunderttausende Kunden“ (Hundreds of thousands of customers). The store offers a vast catalog of watches and jewelry. Contact: Jonass & Co., Berlin 792, Belle-Alliance-Strasse 2. Address: Vorpforte-Lieferanten vieler Vereine - Sgr. 222.

Advertisement for a clothing store. Text: „Verlebensbedarf, Fahnen, Abzeichen, Theater- dekorationen.“ (Lifestyle necessities, flags, theater decorations). The store offers various clothing items and accessories. Contact: Wilhelm Hamann, Düsseldorf, Fahrstr. 18.